

In dieser Ausgabe: „Männerwelt“ und „Ein Plädoyer für andere Hochschulen“ (S.2), „Die mittelhessische Neonaziszene“ und „Die Militarisierung von Hochschule und Gesellschaft“ (S.3), „Nein zur Militarisierung – Ja zur Zivilklausel“ (S.4)

Kurz & bündig

Weltsozialforum in Dakar

Über 50.000 Menschen trafen sich im Februar 2011 zum zehnten Weltsozialforum (WSF) in der senegalischen Hauptstadt Dakar. Gekommen waren sie aus 123 Ländern, um zu debattieren, wie sie sich eine andere, bessere Welt vorstellen. Die GEW war als einzige deutsche Gewerkschaft mit einer Delegation vertreten.

Getragen von der starken afrikanischen Beteiligung war Dakar noch internationaler als die vorangegangenen WSF. In hunderten von Veranstaltungen konnten wir uns aus erster Hand über die Auseinandersetzungen in den verschiedenen Ländern informieren.

Ausführliche Berichte unter:
www.gew.de/Weltsozialforum_in_Dakar.html

Nein zur Volkszählung 2011

Am 9. Mai 2011 ist der Stichtag für den „Zensus 2011“: Ein Drittel der Bevölkerung ist per Gesetz verpflichtet, Fragen zu Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit, Bildungsabschluss, Haushaltsgröße, Familientyp, Wohnung, Religion und Migrationshintergrund zu machen. Dazu werden umfangreiche Daten aller EinwohnerInnen aus Melderegistern, von statistischen Behörden und der Bundesanstalt für Arbeit zusammengeführt und ausgewertet... Mehr Infos zu dieser gigantischen Datensammlung unter:
www.zensus11.de

Streit um Gebühreneratz

Kommissionen aus Lehrenden und Studierenden verwalten die so genannten „QSL“-Mittel und müssen diese für die Verbesserung der Qualität von Lehre und Studienbedingungen einsetzen. Zunehmend zweckentfremden aber Hochschulen diese Mittel, um ihre eigentliche Grundversorgung (Professuren, Dauerstellen etc.) zu sichern. Oder beschneiden - wie in Frankfurt - die Mitbestimmung der Studierenden. Wir warnen: 1. Dieser Trend ist vom Gesetz nicht vorgesehen! 2. Diese Gelder existieren nicht dauerhaft! 3. Demokratische Kontrolle öffentlicher Gelder ist notwendig!

Die "Masterfrage": Vom freien Zugang weit entfernt

Die Hochschulen in Hessen beschränken mit Quoten und Mindestnoten den Zugang zum Masterstudium. Angebliche Exzellenz wird als Argument angeführt. Für zahlreiche Studierende wird zukünftig nach dem Bachelor Schluss sein. Jetzt muss die Politik einen freien Übergang zum Master sicherstellen.

„Der Übergang vom Bachelor zum Master muss problemlos möglich sein. Studierende sollten selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht.“ Gesagt hat dies Bundesbildungsministerin Annette Schavan im Juli 2009 – unter dem Eindruck des damaligen Bildungsstreiks. Auf die Einlösung dieser Aussage warten die Studierenden jedoch vergeblich, die Masterstudiengänge werden abgeschottet. So verlangen die Hochschulen in vielen Fällen einen „qualifizierten“ Bachelorabschluss, damit man sich überhaupt für einen Masterstudiengang bewerben kann. So wird der Kreis der Zugangsberechtigten von vorne herein eingeschränkt, meist besteht die „Qualifizierung“ in einer Mindestnote. Welcher Anteil der Masterstudiengänge einer derartigen Zugangsbeschränkung unterliegt, ist nicht bekannt. Mit der Begründung der „Profilbildung“ und der „Exzellenz“ wird es AbsolventInnen von Bachelorstudiengängen verunmöglicht, ein entsprechendes Masterstudium aufzunehmen.

Doch auch wenn eine entsprechende Note beim Bachelorabschluss erreicht wurde oder der entsprechende Masterstudiengang keine „qualifizierte“ Note vorsieht, ist das noch keine Garantie für einen Studienplatz. Sollte es mehr BewerberInnen als Studienplätze geben, dann greifen die Zulassungsbeschränkungen – meist in Form eines Numerus clausus. Laut dem HRK-Hochschulkompass sind mehr als 37 Prozent der Masterstudiengänge von örtlichen Zulassungsbeschränkungen betroffen. Hinzu kommen – wie erwähnt – eine unbekannte Anzahl an Masterstudiengängen mit Zugangsbeschränkungen. Von einem freien Masterzugang kann also keine Rede sein.

Die Länder erlauben ihren Hochschulen das Festlegen von Zugangshürden – nur Berlin ist hier vergleichsweise restriktiv. Zudem gibt es – ähnlich wie beim Zulassungschaos zum Erststudium – keine

Regelung, die ein entsprechendes Chaos beim Masterstudium verhindert. Angesichts der ständig wachsenden Zahl an BachelorabsolventInnen ist das ein nicht hinnehmbarer Zustand. Die Länder haben dabei gezeigt, dass sie nicht willens oder in der Lage sind, hier sinnvolle Regelungen zu treffen – deshalb ist der Bund gefordert. Ein Rechtsgutachten des Münsteraner Fachanwaltes für Verwaltungsrecht Wilhelm Achelpöhl im Auftrag der GEW hat deutlich gemacht: Der Bund verfügt über entsprechende Gesetzgebungskompetenzen. Diese müssen nun auch genutzt werden. Denn es gilt weiterhin die Forderung der GEW: Der Übergang in Masterstudium muss frei sein – weder Note noch Quote dürfen hier hindern.

Bereits im Bildungsstreik 2009 kritisierten Studierende die bestehende Selektion und die negativen Folgen der Modularisierung. Hier eine Aufnahme aus Marburg. Passiert ist seit dem wenig. Steht eine neue Protestwelle bevor?



"Die Frauen wollen halt nicht": Männerwelt Wissenschaft

Eine Forderung der Frauenbewegung ist die Gleichstellung der Frau im Berufsleben. Dennoch sind Frauen nur zu einem sehr geringen Teil in höheren Positionen der Wirtschaft vertreten. Jenseits formaler Lippenbekenntnisse ist die Gleichstellung auch in der Wissenschaft in weiter Ferne.

Heute absolvieren mehr junge Frauen als Männer erfolgreich das Abitur. Das ist seit 2002 bekannt. Über 50 Prozent der Erstsemester bundesweit sind weiblich – Trend steigend.

Doch je höher wir die Karriereleiter hinaufblicken, desto weniger Frauen können wir zählen. So waren unter den Promotionen 2009 nur 44 Prozent Frauen, unter den Habilitationen bloß 24 Prozent. Bei den ProfessorInnenstellen waren 18,3 Prozent von Frauen besetzt, jedoch nur etwa 13,5 Prozent bei den W3 oder C4- Professuren.

Diese Zahlen zeigen das bundesweite Problem: die Gleichstellung von Mann und Frau ist noch lange nicht durchgesetzt! So ist zu sehen, dass Frauen, ob in der Wirtschaft, der Politik oder der Wissenschaft, von Positionen, die eine hohe Karrierestufe bedeuten und damit gesellschaftliche Anerkennung und ein attraktives Gehalt, weiterhin nahezu ausgeschlossen bleiben.

„Die wollen halt nicht“, lautet darauf hin die Parole jener, die feste an die Realität der Chancengleichheit glau-

ben wollen. Doch die durch die Verfassung garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau kann mit Statistiken wohl kaum belegt werden. Im Gegenteil: trotz eines „Aufschwungs“ der letzten 15 Jahren ist der „Wissenschaftsbetrieb eine Männerwelt“² geblieben. Soziologisch gibt es einige Erklärungsansätze für die ungleiche Karrieresituation von Männer und Frauen in der vermeintlich objektiven Welt der Wissenschaft.

So sind die privaten Verhältnisse immer noch ausschlaggebend für Karrieremöglichkeit. Und dies bedeutet nach wie vor für Frauen, die häufiger als Männer in so genannten Doppelkarrierepartnerschaften leben, auf

Wann, wenn nicht jetzt? Interessen vertreten und Bildung gestalten. Der GEW beitreten und politisch aktiv sein!
Zum Online-Beitritt:
<http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html>



Das Templiner Manifest - Ein Plädoyer für andere Hochschulen

Die Auseinandersetzungen über eine andere, gerechte und demokratische Hochschule gehen in eine neue Runde. Seit der Verabschiedung des Templiner Manifests im September 2010 wächst der Widerstand gegen ausbeuterische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Aktuell entzündet sich die Kritik am Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

Eine ausreichende Zahl von WissenschaftlerInnen sichert ein gutes Betreuungsverhältnis. Promovierende widmen sich auf Basis eines mehrjährigen Arbeitsvertrages in erster Linie der wissenschaftlichen Qualifikation. Gute Kinderbetreuung und

flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen allen Beschäftigten eine ausgeglichene Work-Life-Balance... So ähnlich sähe sie aus, die Hochschule, an der das Templiner Manifest umgesetzt wäre.

Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Hochschulen, einer abgesicherten Promotionsphase und einem Gleichgewicht zwischen Lehre, Forschung und Leben fordert es auch verlässliche Perspektiven für Postdocs, mehr Dauerstellen, die Ersetzung von prekärer durch reguläre Beschäftigung, ausgeglichene Geschlechterverhältnisse, gleichberechtigte Mitbestimmung, die Förderung von Mobilität sowie die tarifvertragliche Regelung aller Beschäftigungsverhältnisse.

Das Manifest haben WissenschaftlerInnen auf der vierten Wissenschaftskonferenz der GEW im September 2010 verabschiedet. Unter den ErstunterzeichnerInnen finden sich nicht nur viele Betroffene, sondern auch hochschulpolitische Prominenz. Inzwischen haben etwa 7.000 Personen online „für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung“ unterschrieben (http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html).

Die gerade veröffentlichte Evaluierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zeigt, wie weit die Realität noch von diesen Forderungen entfernt ist: Die weitgehenden Befristungsmöglichkeiten nach diesem Gesetz führen dazu, dass WissenschaftlerInnen sich von einer befristeten Stelle zur nächsten hangeln. Über die Hälfte haben eine Vertragslaufzeit von unter einem Jahr! Die Sonderregelungen zur Entlastung von WissenschaftlerInnen mit Kindern werden fast nie angewendet. Das Templiner Manifest postuliert jedoch zurecht, dass gute Lehre und Forschung sowie gute Arbeitsbedingungen zwei Seiten einer Medaille sind.



Die mittelhessische Neonaziszene: Aufmarsch der NPD blockieren!

Die mittelhessische Neonaziszene präsentiert sich vielfältig. Nahezu überall finden sich rechte Jugendcliquen, die häufig auf Kirmes- und anderen öffentlichen Großveranstaltungen auftreten. Östlich von Gießen, im Lahn-Dill-Kreis, formieren sich erlebnisorientierte und gewaltbereite sog. „Freie Kräfte“. Letztes Jahr machten dort die „Autonomen Nationalisten Wetzlar“ und die „Anti-Antifa Wetzlar“ mit einem Brandanschlag auf einen vermeintlichen politischen Gegner auf sich aufmerksam. Westlich von Gießen lassen sich eher subkulturell orientierte Neonazicliquen ausmachen, die ihren Neonazi-Lifestyle im Raum Grünberg und im angrenzenden Vogelsbergkreis auf Grillhütten oder

in Privatwohnungen pflegen. Die mittelhessischen NPD-Strukturen hingegen sind in jüngerer Zeit immer schwächer geworden.



Um dies zu ändern, versucht die NPD die mittelhessischen Neonaziszene ein ‚Event‘ zu liefern und meldet für den 16. Juli 2011 in Gießen eine Demonstration an, die es zu blockieren gilt.
www.giessenbleibtnazifrei.blogspot.de

Forschung und Lehre als Kriegsdienst? Proteste und Perspektiven für eine friedliche Hochschule

Seit über einem Jahr formieren sich neue Proteste gegen eine fortschreitende Militarisierung der Hochschulen. Die GEW Studierendengruppe Frankfurt äußert sich im Interview über die aktuellen Entwicklungen.

Wie entwickelt sich im Moment die Militärforschung an den Hochschulen?

Über 40 deutsche Hochschulen führen Forschungen mit wehr-, sicherheitstechnischer oder wehrmedizinischer Ausrichtung durch. Insgesamt werden alleine vom Verteidigungsministerium über eine Milliarde Euro pro Jahr für militärische Forschung ausgegeben. Ein Teil davon fließt an die öffentlichen Hochschulen. In Hessen beteiligen sich nach Aussage der Landesregierung die Hochschulen in Frankfurt, Darmstadt, Gießen, Kassel und Fulda an solchen kriegsdienstlichen Projekten.

Was bedeutet die Ausweitung der Militärforschung für die Hochschulen und wie können Studierende in Erfahrung bringen, ob ihre Hochschule daran beteiligt ist?

Es ist gar nicht so leicht herauszufinden, ob und in welchem Umfang Kriegsfor-schung betrieben wird. Die Hochschulen geben häufig an, dass aus ihrer Drittmittelverwaltung nicht ersichtlich sei, woher die Gelder stammen. Erst kürzlich erklärte die Bundesregierung die Antwort auf eine Bundestags-Anfrage über Militärfor-schung zur Verschlussache. Ein Skandal, der die Transparenz und innere Demokratie der Hochschulen in Frage stellt.

Wie der Rauswurf von Studierenden aus dem Casino bei der stuzubi-Messe in Frankfurt zeigt, hat Bundeswehr-Wer-

bung auf dem Campus bereits heute massive negative Auswirkungen auf die demokratischen Protestmöglichkeiten und die freie Meinungsäußerung im Uni-Alltag. Für Studierende bedeutet dies, gezielt in Senaten nachzuhaken, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und vor Ort gegen Auftritte und Forschungen im Dienste der Bundeswehr Widerstand zu leisten.

Welche Ursachen seht ihr für diese Entwicklung?

Bereits im Weißbuch der Bundesregierung wird der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zur international einsetzbaren Interventionsarmee beschrieben, um sich weltweit an der gewaltsamen Sicherung von Ressourcen zu beteiligen.

Die aktuelle Umstrukturierung zu einer Berufsarmee, die trotz Streitkräftereduzierung doppelt so viele Soldaten ins Ausland schicken soll, zieht die weitere Militarisierung im Innern nach sich. Aus der „konsequente[n] Konzentration der Bundeswehr auf ihre militärischen Kernfähigkeiten“, wie sie die Strukturkommission fordert, folgt die Vereinnahmung ziviler Kapazitäten für militärische Zwecke, wie z.B. die universitäre Forschung und Ausbildung.

Dieser Entwicklung wurde an den Hochschulen seit Jahren der Boden bereitet – durch deren finanzielle Austrocknung

sowie die Orientierung auf Drittmittelerwerb und private Wirtschaftsinteressen.

Wie sieht es mit der Militarisierung der akademischen Lehre aus?

An der Uni Potsdam ist ein eigener Studiengang „Military Studies“ eingerichtet worden, wo bei Bundeswehr-Bediensteten „die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt“ studiert werden können. Inzwischen können an neun öffentlichen Hochschulen – von Braunschweig bis Berlin – Leistungsnachweise in Seminaren der Jugendoffiziere erworben werden. Und die Zahl steigt.

Wie können Studierende eine zivile Ausrichtung ihrer Hochschulen erreichen?

Ein mögliches Instrument kann die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Hochschule sein. Diese schreibt vor, dass Forschung und Lehre ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Daneben kann jede/r einzelne WissenschaftlerIn freiwillig den Verzicht einer Beteiligung an militärischer Forschung erklären.

Darüber hinaus ist es wichtig, sich bundesweit zu vernetzen. Nur durch eine möglichst breite Bewegung für zivile Forschung und Lehre ist langfristig auch eine friedlichere Gesellschaft möglich.

Antimilitarismus-Blog Frankfurt:

<http://antimilffm.blogspot.de/>

Internationaler Appell für den Verzicht von Forschung für militärische Zwecke:

<http://www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml>



Bundesweiter Kongress:

Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre - Ja zur Zivilklausel

27. – 29. Mai 2011, Braunschweig

Technische Universität, Haus der Wissenschaft

Veranstaltet von: Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, AStA TU Braunschweig, Fiff, fzs, GEW, NatWiss, LAK Niedersachsen, IALANA, ver.di

Auszug aus dem Kongress-Aufruf

An über 40 deutschen Hochschulen wird Forschung für den Krieg betrieben. Der Einfluss der Militärs auf die akademische Lehre wächst. An ersten Hochschulen werden Lehrveranstaltungen von den Jugendoffizieren der Bundeswehr ausgerichtet. Rüstungskonzerne vergeben Forschungsarbeiten und finanzieren Stiftungsprofessuren. [...]

Die Militärforschung stellt dabei die innere Transparenz und Demokratie, d.h. letztlich Freiheit und Autonomie, der Hochschulen selbst in Frage. Dies erreichte im Herbst 2010 eine erschreckende neue Dimension, als das Verteidigungsministerium offiziell erklärte, alle Angaben über seine Drittmittelaufträge an öffentliche Hochschulen unterlägen nunmehr der „Geheimhaltungsordnung“. Doch Widerstand beginnt sich zu regen. Eine „immer größer werdende, sogenann-

te Zivilklausel-Bewegung“ (FAZ) fordert die Verpflichtung der Hochschulen auf friedliche, zivile Forschung und Lehre. An den Universitäten Karlsruhe und Köln sowie an der FU Berlin haben sich die Studierenden in Urabstimmungen für eine Zivilklausel ausgesprochen. Weitere Abstimmungen sollen folgen. [...] Es ist an der Zeit, die bundesweiten Aktivitäten zu bündeln. Es ist an der Zeit, gemeinsam die Lage zu analysieren, Informationen zur Militarisierung der Hochschulen zusammenzutragen und den Erfahrungsaustausch über die vielfältigen Formen des Widerstands zu ermöglichen. [...]

Daher laden wir, Gewerkschaften, Studierendenorganisationen und WissenschaftlerInnen-Verbände, zum ersten bundesweiten Kongress gegen Militarisierung von Forschung und Lehre seit 20 Jahren ein.

Auszug aus dem Programm:

- „International Seminar: Experiences in the fight against armament research“
- „Das Geschäft mit dem Krieg“
- „Militarisierung der Gesellschaft - Militarisierung der Hochschulen“
- „Freiheit der Wissenschaft – Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart“
- „Dual Use-Problematik - was ist das, wie erkenne ich es, wie setze ich mich damit auseinander“

Vorträge und Podiumsdiskussionen mit u.a. Andreas Keller (GEW), Frank Bsirske (ver.di), Subrata Ghoshroy (MIT, USA) ...

Der vollständige Aufruf und das komplette Programm findet sich unter:
<http://www.zivilklausel.org>

Weitere Informationen zum Thema Zivilklauseln unter: http://www.gew.de/Zivilklausel_an_Hochschulen_und_Forschungseinrichtungen.html

Anmeldung bitte per E-Mail an:
asta@tu-bs.de,
Stichwort „Kongress Zivilklausel“

Unkostenbeitrag: EUR 30,- /
ermäßigt 10,-

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe wirkten mit: Jonas Baumann (Layout), Guilietta Bender, Tobias Cepok, Lucas Gruyters, Klemens Himpele, Alexander Lang, Carmen Ludwig, Robert Wallauer, Jens Wernicke, Christoph Wiesner.

Bilder: S.1 Andreas Staets, S.2 GEW Bund, S.3 Giessen-bleibt-nazi-frei, S.4 GEW-Berlin.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 7.000.

V.i.S.d.P.: Tobias Cepok, Jugendbildungsreferent der GEW Hessen

Kurz & bündig

Die Rückkehr der Wohnungsnot

Bereits im vergangenen Wintersemester war in einigen Hochschullorten der Wohnraum knapp. Bis 2030 fehlen voraussichtlich über 16.000 Wohnungen für die gesamte hessische Bevölkerung. Aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Abschaffung der Wehrpflicht wird sich gerade in den größeren Städten die Wohnungssituation zum Wintersemester massiv verschärfen. Einmal mehr wird die eigene Wohnung eine Frage des Geldbeutels. Wir fordern kostengünstigen studentischen Wohnraum und Entfaltungsmöglichkeiten für alternative Wohnprojekte.

Dein Kontakt zur GEW

GEW-Landesstudierendensprecher

Patricia Rossi, Kathrina Wagner und Christoph Wiesner. Mail: studierende@gew-hessen.de

Kassel

Justin Pfeifer, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
Tel: 0561/ 77 17 83, Mail: justin.pfeifer@gew-huf-kassel.de

Marburg

Jan Beberweyk, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: janbeberweyk@gmx.de

Gießen

Florian Hartmann, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behaghel-Straße 23-27, 35394 Gießen,
Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: F.Hartmann@jpberlin.de

Frankfurt

GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Mail: gew-studis-frankfurt@gew-hessen.de

Darmstadt

Sebastian Ankenbrand, c/o GEW BV Südhessen, Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt, Mail: sebastian.ankenbrand@web.de

Jugendbildungsreferent Hessen

Tobias Cepok, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt am Main
Tel. (i.d.R. Mo + Do): 069-971293-26
Mobil: 0175-9337730
Mail: tcepok@gew-hessen.de